



138. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Konstituierende Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) der 7. Mandatsperiode 2020-2025, Vorstellung der Prioritäten des kroatischen Ratsvorsitzes und Debatte zur Zukunft Europas

Am 11. und 12.02.2020 fand in Brüssel die 138. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Die Tagung stand unter dem Zeichen der Neukonstituierung für die 7. Mandatsperiode 2020-2025. Wegen des Brexit ist die Anzahl der Mitglieder von 350 auf 329 gesunken. Die Zahl der Fraktionen nimmt jedoch wegen der Gründung einer neuen Grünen Fraktion im AdR zu. Weiterhin bleiben die Europäische Volkspartei (EVP), die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), die Renew Europe (RENEW) und die Europäische Allianz (EA) als Fraktionen vertreten. Nordrhein-Westfalen stellt zwei reguläre Mitglieder, Europastaatssekretär Dr. Mark Speich (EVP) und Europaausschussvorsitzender Dietmar Brockes MdL (RENEW). Dr. Marcus Optendrenk MdL (EVP) und Justizstaatssekretär Dirk Wedel (RENEW) sind stellvertretende Mitglieder. Zum neuen Präsidenten des AdR wurde der Gouverneur der griechischen Region Zentralmazedoniens Apostolos Tzitzikostas (EVP) gewählt. Der Ausschuss wählte Vasco Ilídio Alves Cordeiro (SPE), Präsident der Regionalregierung der Azoren, zum Ersten Vizepräsidenten. Die Mandate sind auf einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren beschränkt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Tagung war die Vorstellung der Prioritäten des kroatischen Ratsvorsitzes für den Zeitraum bis Mitte 2020. Der kroatische Minister für öffentliche Verwaltung Ivan Malenica versprach in der Debatte, dass sich Kroatien sehr um einen Durchbruch bei den Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen bemühen werde.

Weiterer Schwerpunkt war die Debatte über die Konferenz zur Zukunft Europas mit der aus Kroatien stammenden Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Dubravka Šuica (EVP). In der Aussprache forderten AdR-Mitglieder fraktionsübergreifend eine Beteiligung des AdR bzw. der regionalen Ebene bei der institutionellen Ausgestaltung der Konferenz. Zudem wurde von vielen Mitgliedern in ihren Beiträgen betont, dass auch Vertragsänderungen als mögliches Ergebnis der Konferenz nicht ausgeschlossen werden dürften. Die Vizepräsidentin der Kommission sicherte eine aktive Beteiligung des AdR zu. Im Anschluss an die Debatte nahm der AdR eine fraktionsübergreifend eingebrachte Entschließung zur Konferenz an. Der AdR fordert mindestens acht Mandate für das Plenum und mindestens ein Mandat für den Lenkungsausschuss der Konferenz.

Erwähnenswert ist auch die Debatte über die Stellungnahme des italienischen AdR-Mitglieds Franco Iacop (SPE) zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union. Darin unterstützt der AdR grundsätzlich die Möglichkeit, bei schweren und systematischen Verstößen Sanktionen gegen Mitgliedstaaten zu verhängen. Zugleich sollen aber bei der Bewertung der Einhaltung des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit die verschiedenen Rechtsordnungen und -traditionen der Mitgliedstaaten geachtet werden. Ein von Staatssekretär Dr. Mark Speich eingebrachter Änderungsantrag zielte auf eine Streichung dieser Passage, mit dem Argument, dass eine Bewertung ausschließlich auf der Grundlage europäischen Rechts erfolgen müsse. Dieser von der EVP unterstützte Vorschlag wurde jedoch in der Abstimmung mehrheitlich, insbesondere von EKR und SPE, abgelehnt.

Der AdR hat sich darüber hinaus mit einer Vielzahl weiterer Themen befasst und folgende Entschließungen bzw. Stellungnahmen angenommen:

- Annahme des Dokuments mit den Strategieplänen und Zuständigkeitsbereichen der AdR-Fachkommissionen für die neue Mandatsperiode 2020–2025
- Entwurf einer Entschließung zur Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- Erweiterungspaket 2019
- Der Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung Afrikas
- Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und kleineren Ansiedlungen – Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene
- Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU: Bewältigung der Herausforderung auf allen Ebenen
- Kultur in einer Union, die mehr will: Die Rolle der Regionen und Städte
- Entwurf einer Entschließung zum Arbeitsprogramm 2020 der Europäischen Kommission

Weiterführende Informationen:

<https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/Plenary-sessions.aspx>